



Therapie gegen Atomwaffen

800 Ärzte und Medizinstudenten beraten an diesem Wochenende auf dem 19. internationalen IPPNW-Kongress in Basel, wie man einer Welt ohne Atomwaffen näher kommen kann.

Seite 2



Etrusker & Römer in Berlin

Berlin spielt wieder mit in der obersten Liga der europäischen Antikensammlungen. Dies beweist die neue Ausstellung »Italia antiqua« im Alten Museum im Herzen der Hauptstadt.

Seite 3



Chipkarten für arme Kinder?

Kinder aus »Hartz-IV-Familien« haben kaum Zugang zu Kultur, Bildung oder Sportveranstaltungen. Die Bundesregierung will nun Abhilfe schaffen. Doch wie soll das gehen?

Debatte Seite 17

Standpunkt

Spät. Zu spät?

Von Claus Dümde

Besser spät als gar nicht, könnte man sagen. Wenn in Kürze ein Gesetz in Kraft träte, das uns vor gefährlichen Gewalttätern schützen kann, die aus »Sicherungsverwahrung« entlassen wurden oder noch werden müssten. Denn deren nachträgliche unbefristete Inhaftierung in Strafanstalten bezeichneten europäische Richter im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht als menschenrechtswidrig.

Das Straßburger Urteil war absehbar. Denn »Sicherungsverwahrung« hierzulande unterscheidet sich meist kaum von Straftat. Und ist seit 1998 oft wirklich lebenslang. Nach Ex-Kanzler Schröders Parole: »Wegsperrn, und zwar für immer.« Therapien zur Vorbereitung der Täter auf ein gewaltloses Leben in Freiheit waren unzureichend. Und so prognostizierten Gutachter häufig: weiterhin sehr gefährlich. Deshalb ticken heute womöglich mehr »Zeitbomben« denn je.

Die Politik nahm das in Kauf. Nach dem Urteil vom Dezember 2009 legte die Bundesregierung Beschwerde ein, statt endlich zu handeln. Und scheiterte im Mai erneut. »Sicherheitspolitiker« der Union fielen über Europa-Richter und FDP-Rechtspolitiker her, oft unflätig. Da fällt es schwer zu glauben, dass die nun von Innen- und Justizministerium präsentierte »Einigung« mehr als eine Scheinlösung ist. Denn gefährliche psychisch Kranke können längst zwangsweise untergebracht werden. Aber eben nicht in den Knast gesteckt werden. Das wissen selbst Juristen im Ministeramt.

Unten links

Die Jagdsaison ist neu eröffnet. Den Sommer über hatten die Koalitionäre zwecks eigener Erholung von den Scharmützeln aus neun Monaten gemeinsamer Regierungszeit die Hochsitze verlassen und ihre Schießbeisen in den Waffenschrank gepackt. Ja, während ihrer Abwesenheit schienen schwarze und gelbe Politiker fast wie zivilisierte Mitmenschen. Und nahezu in Vergessenheit waren einstige gegenseitige Beschimpfungen als Wildsau oder Gurkentruppe geraten. Angela Merkels Mundwinkel zogen sich entspannt ein Stück nach oben. Doch damit ist es nun wieder vorbei. Gestern nannte der Thüringer FDP-Vorsitzende den CSU-Chef einen »Quartalsirren« und »Wahnsinnigen«. Das Halali aus Bayern dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Und die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke, die Bundeswehrreform oder die Mietrechtsänderung kommen erst noch auf die Tagesordnung des Parlaments. Heißa, das wird noch lustig in diesem Herbst. Bis diese Koalition sich endlich selbst erlegt hat. *oer*

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940

Knast light für schwere Jungs

Bundesregierung einigte sich auf neue Form der nachträglichen Sicherungsverwahrung



Gewalttäter bleiben hinter Schloss und Riegel – auch wenn die Adresse sich ändert.

Foto: dpa

Von Uwe Kalbe

Die Bundesregierung hat eine Einigung über die umstrittene und zu teils hysterischen Diskussionen führende Entlassung von gefährlichen Straftätern erzielt. Herausgekommen ist eine Art Sicherungsverwahrung light.

Die Bundesregierung will eine neuartige Unterbringung für Gewalttäter einführen, die nach ihrer Haftverbüßung als Gefahr für die Öffentlichkeit betrachtet und deshalb nicht in die Freiheit entlassen werden sollen. Über die juristische Definition dieser Einrichtungen herrschte nach der Bekanntgabe des Entschlusses durch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Donnerstag in Berlin jedoch weiter Unsicherheit. De Maizière sprach von einer Einrichtung,

die nicht Straftat, aber auch etwas anderes als eine Unterbringung für psychisch Kranke sei.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte in einem Urteil vom Dezember vergangenen Jahres entschieden, dass eine willkürliche Sicherungsverwahrung nach der Haft ohne ein entsprechendes, vorher gefälltes Urteil rechtswidrig sei. Die Entlassung von bis zu 80 Sexual- oder Gewalttätern, die ihre Strafe verbüßt haben, aber zum Teil immer noch in Haft sitzen, schien damit unausweichlich. Für sie hatten die Unionsparteien eben jene »neuartige Unterbringung« angekündigt, um ihre Entlassung zu verhindern, während die FDP auf einer Lösung beharrte, die vom rechtlichen Standpunkt unanfechtbar sei.

Zwei Kontrahenten saßen den Pressevertretern deshalb am Donnerstag gegenüber. Und auch

wenn die Botschaft lautete, dass die Koalition durchaus in der Lage sei, sich in strittigen Fragen zu einigen, versuchten beide den Eindruck zu erwecken, einen persönlichen Erfolg errungen zu haben. Leutheusser-Schnarrenberger hob den unverändert begrenzten Gesetzgebungsspielraum des Bundes hervor und sprach von einer nun vereinbarten Ergänzung des »von mir vorgelegten Konzepts«. In einem Eckpunktepapier waren bislang die Begrenzung der Sicherungsverwahrung auf besonders schwere Fälle wie Sexual- und Gewalttäter, das Verbot einer nachträglichen Sicherungsverwahrung und eine elektronische Überwachung von Entlassenen, die sogenannte elektronische Fußfessel, vorgesehen gewesen.

Tatsächlich hat sich nun wohl eher der Innenminister durchgesetzt. Die »Unterbringung« wird es

geben. Anwendung soll sie für schwere Fälle finden, Voraussetzung ist ein jeweils extern gefertigtes Gutachten über die Gefahr eines Rückfalls. Es bleibt eine rechtliche Grauzone: Es seien Personen betroffen, »bei denen wir der Überzeugung sind, dass sie gegebenenfalls eine Bedrohung sein können«, so formulierte de Maizière. Die LINKE bleibt bei ihrer Kritik an diesem Konzept. Es löse das Kernproblem der Sicherungsverwahrung nicht, sondern behalte es mit anderem Namen bei, erklärte ihr Rechtsexperte Wolfgang Neskovic am Donnerstag. Es bedürfe keiner zusätzlichen rechtlichen Regelung. »Diejenigen Altfälle, bei denen aufgrund einer psychischen Erkrankung eine Eigen- oder Fremdgefährdung vorliegt, können bereits heute problemlos nach den Unterbringungsgesetzen der Länder untergebracht werden.«

Demonstranten stoppten Bagger

Abrissarbeiten für Stuttgart 21 am Donnerstag unterbrochen / Innenminister Rech erbost

Stundenlang stand der Bagger am Stuttgarter Hauptbahnhof still: Sieben Demonstranten hatten das Dach des Gebäudes besetzt. Sie wurden nach 22 Stunden von einem Spezialeinsatzkommando der Polizei abgeführt.

Stuttgart. (ND-Wallrod/Agenturen). Wer gedacht hätte, die Proteste würden in sich zusammenbrechen, so wie die erste Mauer des Stuttgarter Hauptbahnhofs wankt, hat sich geirrt. Im Gegenteil: Nachdem der Abriss des Nordflügels am Mittwoch begonnen hat, sind die Proteste erst richtig in Schwung gekommen. Demonstranten hielten fast 24 Stunden lang das Dach des Bahnhofs besetzt und unterbrachen so die Arbeiten für das umstrittene Bahnprojekt »Stuttgart 21«. Auf dem Bahnhofsvorplatz verharren zudem erneut hunderte Demonstranten, um Zufahrtswege für Baufahrzeuge zu blockieren.

Dementsprechend schlecht ist die Stimmung bei Baden-Württembergs CDU-Innenminister Heribert Rech. Er kritisierte die Aktionen scharf. Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei holte die sieben Besetzer gestern Nachmittag vom Dach. Am Abend setzte sich der Bagger unter lauten Pfiffen und Schreien der Protestierer wieder in Bewegung.

Bei dem Milliarden-Projekt Stuttgart 21 soll der Kopfbahnhof unter die Erde verlegt und durch einen Tunnel an den Flughafen und die Schnellbahnstrecke nach Ulm angebunden werden. Seit Wochen protestieren Tausende erbittert gegen das Mammut-Vorhaben, weil sie es für zu teuer und verkehrspolitisch unsinnig halten. Sie wollen weiterkämpfen, bis ein Moratorium zugesagt ist. Für heute Abend ist erneut eine Großdemonstration angekündigt.

Die Projektgegner sehen sich

von den Bauherren getäuscht. Vor wenigen Wochen hätten sie ein stückweises Abtragen einzelner Steine angekündigt. Der Abrissbagger habe jedoch mit »brachialer Gewalt« die Fassade zertrümmert, »weil man in möglichst kurzer Zeit Fakten schaffen wollte«, erklärte das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21. Nach Beginn des Abrisses waren am Mittwochabend rund 12 000 Menschen in Stuttgart auf der Straße. Dabei besetzten Aktivisten im Bahnhof Gleise und stoppten die Weiterfahrt des französischen TGV-Schnellzugs nach Paris für knapp eine Stunde. Zudem gab es in der Stadt zahlreiche Staus durch Straßenblockaden. Die Polizei ist inzwischen durchgängig mit mehreren hundert Beamten im Einsatz.

Innenminister Rech zeigte sich erbost über die Aktionen: »Das hat nichts mehr mit demokratischem Protest zu tun, hier werden

die Grenzen eindeutig überschritten.« Die Gegner müssten die demokratischen Entscheidungen akzeptieren und einsehen, dass der Protest viel zu spät komme, Unfrieden und Zwietracht säe.

In der Tat richtet sich der Protest gegen ein Projekt, das Parlamentsmehrheiten von Gemeinderat bis Bundestag beschlossen haben. Allerdings hat die Stadt eine demokratische Entscheidung per Volksentscheid verhindert. 67 000 Bürger hatten diesen 2007 per Unterschrift gefordert. Er war vom Gemeinderat jedoch als unzulässig abgelehnt worden, weil er gegen bereits getroffene vertragliche Vereinbarungen verstoße.

Verteidigt wird der Traditionsbahnhof von Initiativen, Umweltverbänden, Gewerkschaften und Parteien. Das Thema könnte eine entscheidende Rolle in der kommenden Landtagswahl im März 2011 spielen. *Seite 3*

Merkel: Es bleibt bei Atom-Steuer

Bundeskanzlerin kündigt zusätzliche Abgabe an

Lingen (ND-Schäfer). Nach ihrem Zusammentreffen mit den Energiemanagern Jürgen Großmann (RWE) und Johannes Teyssen (E.ON) im RWE-Atommeiler Lingen hält Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an der geplanten Brennelementesteuer fest. Zudem sagte Merkel, die Energiekonzerne müssten darüber hinaus eine weitere Abgabe leisten, die nicht in den allgemeinen Bundeshaushalt fließen soll, sondern zweckgebunden in den Ausbau erneuerbarer Energiequellen.

Über die Höhe dieses Zusatzbeitrages sagte die Bundeskanzlerin allerdings nichts; auch zu den Laufzeitverlängerungen schwie sie. Bei dem Gespräch mit den Strom-Bossen, die erst vor Kurzem mit Kraftwerksabschaltungen gedroht haben, sollte es bei den Steuerplänen bleiben, seien bei dem kurzen Besuch »keine Verhandlungen« geführt worden, hieß es weiter.

Merkels Besuch in dem Ende der achtziger Jahre ans Netz gegangenen Meiler ist Teil der »Energieeise« der Kanzlerin, die anschließend nach Lünen aufbrach, um die Baustelle eines umstrittenen Steinkohlekraftwerks zu besichtigen. Der Termin wurde von den Protesten hunderter Atomkraftgegner begleitet. Organisationen wie Greenpeace und Campact warfen Merkel vor, mit den Konzernen zu »kungeln«, statt auf die Bürger zu hören. *Seite 4*

Kurz

Kämpfe in Kundus-Provinz

Kabul (dpa). Kämpfer der radikal-islamischen Taliban haben in der nordafghanischen Provinz Kundus im Einsatzgebiet der Bundeswehr acht Polizisten getötet. Wie die Provinzregierung am Donnerstag mitteilte, wurde ein weiterer Polizist verletzt, als die Aufständischen einen Kontrollposten der afghanischen Sicherheitskräfte in der Stadt Kundus attackierten. Ein Taliban-Sprecher bekannte sich zu den Anschlägen.

Keine Kassiererinnen

Riad (dpa). Im islamischen Königreich Saudi-Arabien wird es auch in Zukunft keine Frauen an der Supermarktkasse geben. Die saudische Supermarktkette Panda hatte beschlossen, als erstes Unternehmen Frauen an der Kasse zu beschäftigen. Dieser Beschluss wurde jedoch jetzt rückgängig gemacht, nachdem zahlreiche Saudis aus Protest gegen diese Neuerung zu einem Boykott der Panda-Geschäfte aufgerufen hatten.

44 Grad in Spanien

Madrid (dpa). Der Zustrom heißer Luftmassen aus Afrika hat in Spanien eine Hitzewelle ausgelöst. Im Süden des Landes wurden Temperaturen von bis zu 44 Grad erwartet. Das staatliche Wetteramt gab am Donnerstag für weite Teile Spaniens Hitzewarnung aus. *Seite 3*